

<b>Zeitschrift:</b>	Frei denken : das Magazin für eine säkulare und humanistische Schweiz
<b>Herausgeber:</b>	Freidenker-Vereinigung der Schweiz
<b>Band:</b>	95 (2010)
<b>Heft:</b>	1
<b>Artikel:</b>	Minarettverbot: Kommentare von befreundeten Organisationen
<b>Autor:</b>	Schmidt-Salomon, Michael / Alm, Niko / Linek, Karl
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-1090513">https://doi.org/10.5169/seals-1090513</a>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Kein reformiert.  
in diesen Briefkasten!**

## BR Moritz Leuenberger soll's richten

Die Post hat sich geweigert, auf unser Begehren einzugehen und die Streuzustellung von „reformiert.“ im Kanton Bern einzustellen. Sie schreibt:

„Die Publikation ‚reformiert.’ gilt in den von Ihnen erwähnten Regionen als sogenannte Gratiszeitung und unterliegt den entsprechenden postalischen Konditionen. Eine von Ihnen vermutete Presse-Verbilligung liegt somit nicht vor. Gratiszeitungen werden in der Regel an alle Haushalte ohne ‚Stopp-Kleber’ zugestellt. Auf Wunsch des Herausgebers können Gratiszeitungen auch an alle Haushalte zugestellt werden, sofern davon auszugehen ist, dass die Publikation auch von Empfängern mit ‚Stopp-Kleber’ gewünscht wird. Sollte ein solcher Empfänger die Gratiszeitung wider Erwarten nicht wünschen, bietet die Post die eingangs erwähnte Negativliste an. Eine Aufnahme auf diese Liste erfolgt vom Empfänger via Herausgeber an die Post.“

Die FVS hat sich nun an Bundesrat Moritz Leuenberger als obersten Chef der Post gewandt mit der Bitte, gegen diese Praxis zu intervenieren.

2003 hat das UVEK entschieden, dass die Post den „Stopp Reklame“-Kleber auf Briefkästen auch bei teiladresierten Werbesendungen zu respektieren habe. Die Zustellung solcher Sendungen in alle Briefkästen missachte das Recht der Annahmeverweigerung in unzulässiger Weise.

In unserem Fall wird zusätzlich zum Annahmeverweigerungsrecht auch die Religionsfreiheit missachtet.

Reta Caspar



Michael Schmidt-Salomon  
Giordano Bruno Stiftung  
**Lehren aus dem Minarettverbot**

Ich habe auf meinen Vorträgen in der Schweiz zahlreiche Menschen getroffen, die genau wussten, dass ein Minarettverbot in der Verfassung im Grunde grober Unfug ist und wohl auch gegen die „Europäische Menschenrechtskonvention“ verstößt. Dennoch haben sich einige von ihnen „mit schlechtem Gewissen“, wie sie sagten, für die Minarettverbots-Initiative ausgesprochen. Warum? Weil sie mit dieser Entscheidung ein Zeichen setzen wollten gegen den politischen Islam, gegen Kopftuchzwang und Ehrenmorde, gegen die Diskriminierung von Frauen und Homosexuellen, kurzum: gegen all die reaktionären Werte, die von einigen führenden Islamlobbyisten (und leider auch einer steigenden Anzahl von Muslimen in der Bevölkerung) tatsächlich vertreten werden und die so gar nicht mit den Leitideen einer modernen, aufgeklärten Gesellschaft in Einklang zu bringen sind.

Wenn sich Bürger gezwungen sehen, gegen ihre demokratischen Überzeugungen zu stimmen, so ist dies ein deutliches Anzeichen dafür, dass in der politischen Debatte etwas grundlegend schief läuft. Der Westen hat es bislang nicht geschafft, seinen eigenen Wertekanon, das heißt: die Kultur der Menschenrechte, der Aufklärung und des Humanismus, mit der notwendigen Entschiedenheit zu vertreten und Menschenrechtsverletzungen im Namen der Religion zu bekämpfen. Dies hat im Laufe der Zeit gehörigen Unmut in der Bevölkerung produziert, der in der Schweizer Volksabstimmung nun ein Ventil gefunden hat.

Es handelt sich hierbei allerdings keineswegs um ein Problem, das allein die Schweiz betrifft. In Deutschland wie in den anderen europäischen Ländern würde es ähnliche Abstimmungsergebnisse geben, sofern die Wähler dort ähnliche politische Einflussmöglichkeiten besäßen wie

in der Urdemokratie der Schweiz. (In einer derzeit laufenden Spiegel-Online-Umfrage stimmen 77 Prozent für ein Minarettverbot in Deutschland – und unter diesen Befürwortern finden sich mit Sicherheit nicht nur Ausländerfeinde!) Politischen Handlungsbedarf gibt es also überall. Was aber müsste getan werden, damit die berechtigte Kritik am orthodoxen Islam nicht doch allmählich in fremdenfeindliches Ressentiment umkippt?

Hierzu drei Vorschläge:

1. Die westlichen Länder müssen ihre eigenen Spielregeln deutlicher als bisher definieren und beherzt durchsetzen – gerade auch gegenüber denjenigen, die sich zur Begründung ihrer reaktionären Vorstellungen auf angeblich „heilige Werte“ berufen. Es sollte klar sein, dass Menschenrechtsverletzungen weder innen- noch aussenpolitisch toleriert werden dürfen. Darüber hinaus sollte der Staat endlich seiner Aufgabe nachkommen, durch eine verstärkte Integrationspolitik jene Migranten und Migrantinnen aktiv zu fördern, die sich zu seinen Rahmenwerten bekennen. Die Handlungsspielräume derer, die dem notwendigen Grundkonsens einer offenen Gesellschaft widersprechen, sollten demgegenüber empfindlich begrenzt werden.

2. Da reaktionäre Wertvorstellungen meist Ausdruck mangelhafter Bildung sind, sollten die Schulen zu Lernorten werden, in denen traditionelle Vorstellungen kritisch hinterfragt werden. Hierzu bietet sich insbesondere ein für alle Schüler verbindlicher Ethikunterricht an. Der religiösen Getoisisierung der Gesellschaft sollte bereits in der Grundschule entgegengewirkt werden!

3. Der Diskurs über den Islam krankt daran, dass liberale Muslime in der öffentlichen Debatte kaum auftreten. >> 5

# von befreundeten Organisationen

Freidenker Österreich

## Menschenrechte dürfen niemals Gegenstand von Mehrheitsentscheidungen sein

Die Freiheit, sich zu seiner Weltanschauung zu bekennen, sei ein unveräußerliches und unteilbares Menschenrecht. „Dazu gehört das Recht, sich öffentlich zu einer Religion zu bekennen“, sagt Erich Eder, Vorsitzender der AgnostikerInnen und AtheistInnen für ein säkulares Österreich (AG-ATHE). „Dieses Recht wird in der Schweiz nur mehr der Mehrheitsbevölkerung zuerkannt.“

Niko Alm von der Giordano Bruno Stiftung: „Demokratie besteht nicht nur aus Mehrheitsentscheidungen, sondern auch aus einem Schutz von Minderheiten. Dieses Prinzip ist aus nicht nachvollziehbaren Gründen verletzt worden. Diese Volksabstimmung hätte es von vornherein nicht geben dürfen.“

4 >>

Progressiv denkende Muslime, die für die Gleichberechtigung von Mann und Frau eintreten, die Ehrenmorde verurteilen und Homosexuelle ganz selbstverständlich akzeptieren, die ihre Kinder nicht verschleieren und die sich über Fatwas gegen Religionskritiker ebenso empören wie wir, müssen sich stärker als bisher zu Wort melden. Sie dürfen es nicht den konservativen Islamverbänden überlassen, die Gesamtheit der Muslime zu repräsentieren.

Bislang sind die Aleviten hierzulande die einzige Gruppierung, die sich für einen aufgeklärten Islam öffentlich stark macht. Doch das ist bei weitem nicht genug! Ein Verband liberaler Muslime ist dringend vonnöten! Wir von der Giordano Bruno Stiftung würden eine solche Vereinigung liebend gern unterstützen, so wie wir es auch im Fall des „Zentralrats der Ex-Muslime“ tun und getan haben.

Ausschnitt aus: [www.hpd.de/node/8349](http://www.hpd.de/node/8349)

Karl Linek von der Allianz für Humanismus und Atheismus (AHA): „Es zeigt, wie weit Verhetzung gehen kann. Ob irgendwo ein Minarett gebaut werden darf oder nicht, hat nichts mit islamischem Fundamentalismus zu tun. Wir Atheistinnen und Atheisten interpretieren auch nicht jeden Kirchturm als Symbol der Unterdrückung Andersdenkender und -gläubiger.“

Theo Maier vom Freidenkerbund: „Hier geht es darum, dass man Minderheiten verbieten will, gleichberechtigt im öffentlichen Raum vertreten zu sein. Rechtspopulisten haben Ängste und Ressentiments geschürt, um Stimmen zu gewinnen. Bei Atheistinnen und Atheisten ist das übrigens nicht viel anders. Man muss nur unsere Plakatkampagne vom Sommer betrachten, wo die FPÖ uns mit fadenscheinigen Argumenten den Mund verbieten wollte.“

## Gleiche Argumente wie in Kruzifix-Debatte

Als gefährlich sehen die Vertreter der atheistischen und humanistischen Organisationen die Argumentationsweise der Befürworter des Bauverbots. Ähnlich wie in der Kruzifix-Debatte würde eine konstruierte „heimische“ oder „europäische“ Kultur gegen das angeblich gefährliche Fremde ins Treffen geführt. „Das spaltet die Gesellschaft und lenkt von tatsächlichen Problemen ab.“ Dass sich die Organisationen zur Religionsfreiheit bekennen, sei nicht als Verzicht auf das Recht auf Freiheit von Religion zu verstehen. „In öffentlichen Gebäuden treten wir selbstverständlich für eine strikte weltanschauliche Neutralität des Staates ein.“

[www.freidenkerbund.at/de/news](http://www.freidenkerbund.at/de/news)

Stellungnahme der FVS

## Zukunft der Schweiz: Laizität und Toleranz

Die FVS bedauert, dass die – abgesehen von der Einleitung der Präambel – säkulare Bundesverfassung nun um einen diskriminierenden, religionsspezifischen Artikel ergänzt wurde.

Die Analyse des Abstimmungsergebnisses ist noch nicht abgeschlossen. Die Vox-Analyse wird erst in einigen Wochen vorliegen.

Bereits eine Isopublic-Umfrage im April 2009 hatte jedoch ergeben, dass die Konfessionsfreien die Initiative deutlicher ablehnen würden (60 %) als die Reformierten (51 %) und Katholiken (43 %). reformiert. 22.4.2009

Der Politologe Michael Hermann stellte kurz nach der Abstimmung fest: „Wo es viele konfessionslose Personen gibt und Religionen somit blosse einen geringen Stellenwert einnehmen, sind die Zustimmungsraten am tiefsten ausgefallen.“ NZZ 2.12.2009

## Dialog der Religionen gescheitert

Der jetzt von vielen Kommentierenden geforderte Dialog mit den Muslimen wird nichts bringen.

Die diesjährige Woche der Religionen der Interreligiösen Arbeitsgruppe Schweiz (IRAS-COTIS) hat gezeigt, dass das Interesse der breiten Bevölkerung, sich mit anderen Religionen zu beschäftigen, klein ist. Zudem hat dieser Verein es abgelehnt, die Veranstaltungen der FVS in den Veranstaltungskalender aufzunehmen.

Der Rat der Religionen (SCR) hat sich ebenfalls als fruchtloser Weg des interreligiösen Dialogs erwiesen. Er wurde lediglich dazu benutzt, den Einfluss der organisierten Religion auf die Bundespolitik zu stärken.

Die Exponenten des interreligiösen Dialogs in der Schweiz leben in einer Traumwelt. Das hat u. a. dazu geführt, dass im Kanton Luzern die Islamgemeinde wenige Wochen vor der Abstimmung ihren Antrag auf öffentlich-rechtliche Anerkennung deponiert hat und die Medien diese vierte Landeskirche unkritisch als Weg der Zukunft vermittelt haben.

Nur die Privatisierung der Religionen – also die Trennung von Staat und Kirche – ermöglicht Gleichberechtigung und Toleranz!

Zentralvorstand FVS